

Frankfurt, 16. Oktober.

Während österreichisch-ungarische Truppen damit beschäftigt sind, im engen Bunde mit einem deutschen Heere und im Zusammenwirken mit Bulgarien Kuplands serbischen Basallen niederzuwerfen, der die Aufgabe übernommen hatte, den Verband des Habsburgerreiches durch eine tollkühne Angriffspolitik zu sprengen, fängt man daheim an, über eine Neuorientierung der österreichischen Politik sich auszusprechen. Von einer eigentlichen Aussprache wird man freilich nur mit Einschränkungen reden können, solange die Zeitungen nur drucken dürfen, was die Regierung billigt und solange selbst Artikel ausländischer, vor allem auch reichsdeutscher Zeitungen daraufhin geprüft werden, ob man ihre Verbreitung in Desterreich und Ungarn gestatten soll oder nicht. Immerhin mag es den Anfang einer öffentlichen Erörterung bedeuten, wenn das in deutscher Sprache erscheinende Prager Blatt „Union“ in einer Reihe von vier Artikeln, die das Wiener offiziöse Nachrichtenbureau weiterverbreitet hat, seine Ansichten darüber äußert, wie nach dem Kriege Desterreichs politisches Leben gestaltet werden solle. Ein vollkommen deutliches, unmißverständliches Programm findet sich zwar in diesen Artikeln, die sich ziemlich stark in Allgemeinheiten bewegen, nicht, aber man merkt doch ungefähr, worauf der oder die Verfasser oder ihre Inspiratoren abzielen.

Das Erste, was in diesen Artikeln ausgesprochen wird, ist die Anerkennung der habsburgischen Monarchie. Es ist ja bemerkenswert, daß diese Anerkennung in einem österreichischen Blatte erst jetzt, nach dem Kriege, der die Festigkeit Desterreich-Ungarns bewiesen hat, in aller Form ausgesprochen wird und daß man eine solche Erklärung keineswegs als überflüssig ansehen darf. Die Tschechen, so führt das Blatt aus, haben „nicht die Möglichkeit, anders zu denken, und nur ein Narr oder ein Verbrecher an seinem Volke kann mit anderen Gedanken tänzeln und spielen“. Auch das slavische Gefühl, wird weiter ausgeführt, darf das tschechische Gefühl nicht zurückdrängen. Das Empfinden der Tschechen aber, die wie die Polen unter den starken Einwirkungen der nachbarlichen deutschen Kultur standen, geht dahin, daß sie Tschechen bleiben wollen und daß dies nur in einem mächtigen Desterreich möglich ist. Daran könnten politische oder nationale Unterströmungen Einzelner oder einzelner Fraktionen nichts ändern. Das Blatt glaubt dann feststellen zu können, daß die Tschechen die Notwendigkeit eines Einvernehmens mit den österreichischen und vor allem den böhmischen Deutschen vollkommen einsehen und zugeben, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, Frieden mit ihnen zu schließen und zu halten. Die veraltete Rechthaberei wäre auf beiden Seiten gleich verhängnisvoll. Der Friedensschluß im Weltkriege müsse einen dicken Strich unter die gesamte innere Politik Desterreichs, auch unter die heimischen Streitfragen ziehen. Eine Formel werde gefunden werden müssen, die das „beiderseitige Verhältnis rasch und dauernd, gerecht und ehrenvoll“ regle. Die durch den Krieg gehobene Energie der Regierung müsse und werde zu „einem dezidierten Standpunkte auch in der tschechischen Frage führen“, und die Vertrauensmänner beider Völker würden der Regierung sicherlich bei der Auffindung der neuen Formel behilflich sein und „durch eine ganz neue Situation auf allen Gebieten in die Lage versetzt werden, nur das wirkliche Interesse des Landes und des Staates zu berücksichtigen“. Auch zu den Deutschen außerhalb Böhmens und Mährens müßten die Tschechen ein neues Verhältnis suchen, das den Lehren des Krieges Rechnung trage. Nicht nur zu den Deutschen in Desterreich, sondern auch zu denen im Reiche werde man anders stehen als vor dem Kriege. Und auch die Deutschen im Reiche wie in Desterreich müßten einsehen, „daß dieses alte Reich nur dann seine historische Mission erfüllen kann, wenn seine Völker friedlich neben und mit einander leben und streben“. Dieses Zusammenleben solle mit einer Regelung der Sprachenfrage nicht erschöpft sein. Die beiden Völker, die seit Jahrtausenden miteinander leben, müßten danach trachten, den Unterschied der Rasse zu vergessen. Die deutsch-böhmische Frage werde nach den jetzigen Ereignissen einen ganz neuen Ausgangspunkt erhalten. Man brauche nur eine Formel, die über die abgetane Vergangenheit hinweghelfe. Alles übrige würden gemeinsame politische, kulturelle und vor allem wirtschaftliche Interessen

und Fragen schon besorgen. Als den Weg, auf dem man zu einer Neuorientierung gelangen könne, bezeichnet die „Union“ die Vereinfachung des Parteiwesens. Die ganze bisherige böhmische Politik habe Schiffbruch gelitten; eine Revision der Parteiprogramme sei notwendig. Dabei werde sich dann herausstellen, daß so manche Partei anachronistisch geworden sei und daß das Fortbestehen der zahlreichen Fraktionen eine gefährliche Belastung des öffentlichen Lebens sei. „Die Hazardpolitik mancher Teile unseres Volkes hat zu einem vollständigen

gen Fiasko geführt“. Anstelle der Parteiprogramme müsse das Programm des gesamten Böhmenvolkes treten, das den durch den Krieg neugeschaffenen Verhältnissen Rechnung trage.

Wenn die Gedanken, die in den hier ihrem Inhalte nach kurz ange deuteten Artikeln ausgesprochen sind, das Ergebnis eines nationalen Umdenkprozesses des Tschechenvolkes sind, dann ist eine verheißungsvollere Auffassung der innerösterreichischen Fragen berechtigt. Die böhmische Frage hat in der Tat in dem Teil der Monarchie, den man nun auch amtlich mit dem einheitlichen Namen „Desterreich“ bezeichnet, den Schlüssel der gesamten Politik gebildet. Käme man zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen, dann würde die Sperre für die Behandlung allgemeiner politischer, kultureller und wirtschaftlicher Fragen beseitigt. Denn der anderen Streitfragen hat eine so zentrale Bedeutung, wie die böhmische, durch deren Weiterschleppen alle die anderen Handel erst die Möglichkeit erlangt haben, die Politik des Gesamtstaates und mittelbar des Reiches zu beeinflussen. Die erste Bedingung für die Lösung dieser Frage ist die Bereitwilligkeit, zu einem Ausgleich zu kommen. Die Männer der „Union“ erklären diese Bereitwilligkeit, aber es ist leider nicht ganz sicher, ob das Blatt berechtigt ist, für das gesamte Tschechenvolk zu reden, und vielleicht ist es doch ein im gegenwärtigen Augenblick mit einiger Gesliffentlichkeit zur Schau getragener Optimismus, wenn das Blatt, das eine mehr konservative Richtung vertritt, die von seiner Auffassung abweichenden Bestrebungen mit der etwas oberflächlichen Bemerkung abtut, es handle sich um die „nationalen Unterströmungen Einzelner oder einzelner Fraktionen“, die an der staatsstreuen Haltung der Tschechen nichts ändern könnten. Gerade in der Geschichte des böhmischen Ausgleichs, die nun mehr als ein Vierteljahrhundert alt ist, hat man es mehrmals erlebt, daß die zum nationalen Frieden bereiten Gruppen der Tschechen von dem radikalen Nationalismus sich bei Seite schießen ließen und sich ihm unterwarfen. Es wäre ein Glück für Böhmen und Desterreich, wenn es diesmal anders wäre und die „Union“ mit ihrer Versöhnlichkeit wirklich die große Mehrheit der tschechischen Nation hinter sich hätte. Die Ereignisse des letzten Jahres sind ja wirklich geeignet, bei den Führern der österreichischen Nationalitäten Gedanken zu zeitigen, die sie vorher abgelehnt haben. Es ist zweifellos richtig, daß nicht bloß die Tschechen, von denen die Artikel reden, sondern sämtliche Nationalitäten ihre nationale Persönlichkeit in Desterreich viel besser und freier zur Geltung bringen können als etwa in einem großrussischen Slawenreiche, in dem die nichtrussischen Völker doch nichts anderes wären als Völkerei. Aber nachdem jahrzehntelang den österreichischen Slawenvölkern das Gegenteil gesagt worden ist, wird es erst einiger Arbeit bedürfen, um die neugewonnene Ueberzeugung auch in die breiteren Schichten dieser Völker zu tragen.

Manches in den Artikeln der „Union“ klingt, als habe man bereits eine Formel bereit, auf deren Grundlage die Einigung stattfinden soll. Es ist mißlich, daß die Zensurverhältnisse eine freie Aussprache sehr erschweren. Man darf aber daran erinnern, daß mehrmals die Verhandlungen über einen Ausgleich sehr nahe am Gelingen waren und daß es eigentlich nur die Kraftlosigkeit der Regierungen war, die das Scheitern der Verhandlungen herbeiführte. Wenn jetzt von der gewachsenen Energie der Regierung gesprochen wird, die einen „dezidierten Standpunkt auch in der tschechischen Frage“ einnehme, so klingt das ja recht verheißungsvoll. Aber man wird doch erst sehen müssen, welcher Art die Forderung ist, auf deren Grundlage Graf Stürgkh die beiden Volksstämme versöhnen will. Wir sind sicher, daß die Deutschen nicht weniger versöhnlich sein werden als die Tschechen. An der Einsicht, daß ein Ausgleich notwendig ist, wird es ihnen ganz gewiß nicht fehlen. Es wird ihnen heute, das Deutschland und das Deutschtum nach diesem Kriege so stark dasteht wie nie

zuvor, vielleicht auch leichter werden, in Einzelfragen nachzugeben, als früher. Aber darauf werden allerdings nicht nur die Deutschen, sondern auch die Völker des österreichischen Staates bedacht sein müssen, daß die deutsche Kultur und das deutsche Wesen für Desterreich mehr ist als eine bloße Zufälligkeit, daß es der das Staatsgefüge zusammenhaltende Nährboden ist. Mit dieser Funktion, die mit einer „Herrschaft“ nichts zu tun hat, ist die freie Entfaltung der anderen in Desterreich lebenden Völker wohl vereinbar. Wird das jetzt auch von diesen anerkannt, dann ist in der Tat der Weg zu einem dauernden Frieden gefunden.